

www.taz.de, redaktion@taz-bremen.de, Tel. 960 260, Trägerdienst Tel. 36 71 66 77

Kampf der Kulturen

Die Waller CDU reibt sich am Bauwagenplatz „Ölhafen“ im Kleingartengebiet Walle. Die Frage nach dessen rechtlicher Zukunft berührt die ganze Bremer Stadtentwicklung

Von **Lotta Drügemöller**

Der Text am Schwarzen Brett des „Kleingarten- und Gartenheimvereins Walle“ ist eindeutig: „UnGesetzlich“ habe sich der Bauwagenplatz Ölhafen 2018 im Gartengebiet niedergelassen, schreibt die Waller CDU dort. Und: „Eine Auflösung der Belagerung ist noch lange nicht in Sicht!“ Die Partei will den belagerten Gartenheimer*innen beistehen, für Samstag plant sie eine Versammlung.

Vordergründig geht es um Lärmbelästigung: Bei Konzerten habe es bis in die Nacht hinein „Musik und Ramba Zamba“ gegeben. „Es ist ja klar, dass den Kleingärtnern das nicht gefällt, wenn sie abends in Ruhe grillen wollen“, so Kerstin Eckardt, Vorsitzende des CDU Ortsverbandes Walle und Beiratsmitglied.

Laut Rosa und Luca vom Ölhafen ist aber Lärm gar kein Problem mehr: Sie hätten ohnehin ein Veranstaltungsverbot aus baurechtlichen Gründen bekommen. „Die Bühne haben wir brav zurückgebaut“, so Luca,

„und das Zwangsgeld bezahlt“. Wie es kulturell für den Platz weitergehe, sei gar nicht abzu-sehen. Neun Konzerte habe man 2019 veranstaltet, 2020 keines. Dass die CDU sich nun trotzdem des Ölhafens annehme, habe System: „Erst das Sportamt, jetzt wir – die CDU ist gerade law-and-order-mäßig gegen linke Projekte aktiv, um sich zu profilieren“, glaubt Rosa.

Wie das ankommt, bleibt ungewiss. Der „Kleingärtner- und Gartenheimverein Walle“ steht schon lange ohne kompletten Vorstand da und antwortet auf keine Anfrage. Und beim benachbarten „Kleingartenverein Union“ bekommt man am Telefon nur die automatische Ansage zu hören, es gebe keine Hoffnung auf eine Parzelle mit Laube: „Bei uns gibt es nur noch brachgefallene Gärten.“

Auch vor Ort machen sich die Gärtner*innen trotz schönsten Gartenwetters rar. Ein einzelner Parzellist immerhin mag sprechen. Die Ölhafen-Leute sollten sich an Regeln halten, meint er: Mit Musik müssten sie sich zu-

rück halten, und ihr Abwasser anmelden, wie alle anderen auch. Ansonsten finde er den alternativen Lebensstil „topp“.

Tatsächlich hätte bis zu diesem Frühjahr ein Nutzungsvertrag mit der Ölhafen-Crew stehen sollen, einer, der Rechte und Pflichten umrissen und

„Das ist eine große rechtliche Denksportaufgabe“

Tom Lecke-Lopatta,
Stadtentwicklungsreferent

die Existenz des Platzes abgesichert hätte. Doch das könnte noch dauern. Denn in Wirklichkeit geht es um mehr als um Lärm und Abwassersysteme. Hinter dem Konflikt um die Nutzung steht die grundsätzlichere Frage nach gleichem Recht für alle. Beim Bauwagenplatz würden Dinge toleriert, die für alle anderen nicht möglich seien, so Eckardt von der CDU: „Es kann

nicht sein, dass die Ölhafen-Leute dort leben und die Kleingärtner nicht einmal in ihren Gärten übernachten dürfen.“

Für Luca kein Argument: „Das Verbot wird für andere ja nicht schlimmer, weil wir hier leben.“ „Da werden zwei Sachen vermischt“, glaubt Rosa. „Die Kleingärtner*innen kämpfen ihren Kampf, wir unseren eigenen.“ Und der ist nicht leicht: Erst seit 2018 gibt es den Ölhafen, aber die Crew musste schon sechsmal den Ort wechseln.

Dennoch hat die CDU mit ihrer Kritik einen Punkt getroffen: „Wir können keine Sonderrechte vergeben“, so Tom Lecke-Lopatta. Er ist in der Baubehörde Referent für gesamtstädtische Standortplanung – und soll, so sieht es der Koalitionsvertrag vor, eigentlich Lösungen für alternative Wohnformen finden.

Der Wagenplatz steht dabei jedoch nicht für sich allein. Im Kleingartengebiet gibt es auch noch Kaisenhäuser, die von ihren Bewohner*innen noch „ausgewohnt“ werden dürfen. Die Stadt würde sie auch darüber hinaus gerne erhalten, zumindest als Parzellenhäuschen, hat aber Probleme mit dem Flächennutzungsplan: Das Areal ist als Grünfläche eingetragen, für ein Wohngebiet wären die kleingartentypischen engen Wege gar nicht zugelassen.

Solange es keine Lösung für die Kaisenhäuser gibt, dürften sich eigentlich auch keine Wagenplatz-Leute ansiedeln. Nun allerdings sind sie schon einmal da – und einen besseren Platz sieht Lecke-Lopatta für sie nicht.

„Die Frage ist eigentlich, wie eine Stadt überhaupt damit klar kommt, dass es Obdachlose gibt, unangemeldete Menschen und solche, die nicht ins Raster passen“, so der Stadtentwicklungsreferent. Ein Vertreiben der Crew bringe jedenfalls niemanden weiter: „Der Stadt ist nicht geholfen, wenn einzelne Bewohner danach auf der Straße leben“, sagt er. Eine Lösung hat er noch nicht. „Das ist eine große rechtliche Denksportaufgabe.“



Regt sich noch jemand über unangepasste Lebensformen auf? Die CDU probiert's Foto: Lotta Drügemöller

heute in bremen

„Es gibt ein rechtsterroristisches Potenzial“

Interview **Alina Götz**

taz: Herr Quent, wenn ich auf einen Nazi treffe – soll ich mit ihm reden oder ihn lieber ignorieren?

Matthias Quent: Das ist eine Frage der Situation. Im Alltag kann es natürlich leicht zu einer Überforderung kommen. Ich würde generell davon abraten, zu hoffen, dass man Neonazis inhaltlich über-

zeugen kann. Da müssen Profis ran: Sozialarbeiter*innen, Staatsanwält*innen, Psycholog*innen.

Was können wir denn dann tun, als Einzelperson und als Gesellschaft?

Das wichtigste Gegenmittel ist, nicht selber rechts zu werden oder rechts zu reden. Wir dürfen nicht dieser Inszenierung auf den Leim gehen, wenn sie sagen, „wir sind das Volk“. Sie sind nur ein kleiner, lauter und aggressiver Teil der Bevölkerung. Wir dürfen uns nicht davon beeindruckt lassen, wenn sie besonders provokativ oder schrill werden, wie die AfD oder Teile der Coronademo in Berlin. Und Demokrat*innen müssen die besseren Zukunftsangebote machen.

Was fordern Sie konkret?

Die Länder, die für Justiz und Polizei zuständig sind, sollten wie Sachsen-Anhalt und Brandenburg eine Antirassismus-

Klausel in die Verfassung aufnehmen. Transparente und wissenschaftliche Dokumentations- und Forschungsstellen in den Ländern helfen, die große Entwicklungsdynamik zu verstehen und zu kommunizieren. Auch Projektförderungen zu dem Thema sind wichtig. Denn am Ende liegt es an der Gesellschaft, die Normalisierung rechtsradikalen Gedankenguts zu blockieren.

Wen halten Sie für gefährlicher – gewaltbereite Rechtsradikale oder einige Strömungen der Corona-Leugner-Demos und die AfD?

Beides ist auf unterschiedlichen Ebenen problematisch. Das eine sorgt für die angesprochene Normalisierung und versucht, sich in Familien, Medien, Parlamenten und sozialen Netzwerken zu inszenieren. Aber akut sind Antisemitismus, Rassismus und die extreme Rechte eine Gefahr für Leib und Le-

ben, vor allem für Minderheiten. Es gibt ein rechtsterroristisches Potenzial, tickende Zeitbomben. Für diese Gewalttäter ist letztlich die Polizei zuständig, für alles andere die Gesellschaft.

Sie haben an anderer Stelle gesagt, dass Gesellschaft und Politik weitgehend tatenlos zusehen.

Das ist Teil der Buchbeschreibung „Deutschland rechts außen“, keine Momentaufnahme, sondern ein Rückblick. Ab 2015/16 wurde so getan, als wäre die Flüchtlingspolitik Schuld an Rechtsextremismus. Dass extrem rechte Einstellungen, Strukturen und auch Gewalttaten auch nach 1945 immer Teil der Gesellschaft waren, aber nicht ernst genommen wurden, wurde nicht problematisiert – bis sich dieses Potenzial mit der AfD aktiviert und Bahn gebrochen hat, auch mit entsprechenden Folgen bei rechtsextremem Gewalt.

taz salon bremen

Wie rassistisch sind wir?

Keiner will Rassist sein. Menschen nach Hautfarben zu bewerten ist wissenschaftlich erledigt und gesellschaftlich geächtet. Doch noch immer reproduziert sich rassistisches Denken in den Organen unseres Rechtsstaats, in Glaubensgemeinschaften, in Schulen und Medien. Sogar in Bremen und sogar in der taz. Warum tun wir uns so schwer damit, den eigenen Rassismus zu sehen und zu bekämpfen? Was müssen wir ändern?

Darüber diskutieren wir mit:

Mariam Aboukerim, Aktivistin Black Lives Matter

Andreas Bovenschulte, Bürgermeister, SPD

Virginie Kamche, Fachpromotorin für Migration, Diaspora und Entwicklung

Medine Yıldız, Migrationspolitikerin, Die Linke

Moderation:

Benno Schirrmeyer, Redakteur der taz bremen

Dienstag, 8. September, 19 Uhr, Eintritt frei

LichtLuftBad, Strandweg 105, 28201 Bremen

Einlass nach vorheriger Anmeldung bis 8. 9., 12 Uhr, unter: anmeldung@taz-nord.de

nachrichten

Magistrat noch nicht bei 100 Prozent

Gerügt hat die Bremerhavener Frauenbeauftragte Clara Friedrich, dass künftig neun von zehn Magistratsmitgliedern Männer sein werden. Zwar sei die Nominierung des Stadtverordneten Selcuk Caloglu zum ehrenamtlichen Stadtrat für Gesundheit und Senior*innen als erstem Magistratsangehörigen mit Migrationsgeschichte „ein immens wichtiger und überfälliger Schritt“. Es sei jedoch nicht hinnehmbar, dass dieser Zuwachs an Diversität zu Lasten des Geschlechterverhältnisses gehe. „Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit sind zwei zentrale Faktoren bei der Besetzung politischer Ämter“, so Friedrich. Außer der Umweltschutzdezernentin Susanne Gatti gibt es in Bremerhavens Stadtregierung keine Frauen. Mit der Neubesetzung des Gesundheits-Dezernats sinkt der Frauenanteil von 11,11 auf 10 Prozent. (taz)

Stürmer darf stürmen

Fußball-Bundesligist Werder Bremen darf seinen Stürmer Davie Selke in der neuen Saison auch gegen dessen Ex-Club Hertha BSC einsetzen. Beide Vereine treffen am 19. September gleich am ersten Spieltag in Bremen aufeinander. „Davie darf spielen“, sagte der Bremer Sportchef Frank Baumann dem Internetportal „Deichstube“. Der 25 Jahre alte Angreifer war im vergangenen Winter vom direkten Liga-Konkurrenten Hertha BSC Berlin an die Weser gewechselt, unter der Bedingung, dass Selke beim direkten Duell beider Vereine nicht eingesetzt wird. Die Klausel galt jedoch nur für die vergangene Saison. (dpa/taz)

Eine der vier besten Klassen Deutschlands kommt aus Bremen

Im sogenannten Superfinale der Kika-Quizshow „Die beste Klasse Deutschlands“ tritt am Samstag die 7f des Bremer St. Johannis-Gymnasiums an. Ihre drei Mitbewerberinnen kommen aus Leipzig, dem thüringischen Neustadt an der Orla und Trier. Laut Sender haben sie in den vorherigen Runden der Show die meisten Punkte eingefahren. Das Finale wird am Samstag um 10 Uhr im Ersten übertragen. (taz)

das bald-wird's-langweilig-wetter

Kroymann. Schon wieder. Zum vierten Mal in Folge für den deutschen Comedy-Preis nominiert wurde die Radio-Bremen-Sketch-Sendung „Kroymann“ von und mit Maren Kroymann. Jenseits davon ist TV halt trüb, regnerisch, 18 Grad

Vortrag

„Rechter Terror in Deutschland – Kontinuitäten“: 19 Uhr, Haus der Wissenschaft, Sandstr. 4/5. Mit Livestream unter <https://www.demokratiezentrum.bremen.de/>



Matthias Quent 34, Soziologe, ist Gründungsdirektor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, Jena. Er forscht zu Radikalisierung, Rechtsradikalismus und Hasskriminalität.